



David Goeßmann

# DIE ERFINDUNG DER BEDROHTEN REPUBLIK

Wie Flüchtlinge und Demokratie  
entsorgt werden

Das Neue Berlin

## Inhalt

### Vorwort **DENKT MIT DEM HERZEN** von Konstantin Wecker

11

### Prolog **WIR GEGEN DIE IN DER BLOCKIERTEN DEMOKRATIE**

15

- Die Erfindung der bedrohten Republik 17
- Die blockierte Demokratie: Wir gegen Die 23
- Migrationskritik in der bedrohten Republik 30
- Intellektuelle Selbstverteidigung 37

### **1** **DER KURZE SOMMER DER »WILLKOMMENSKULTUR«**

45

- Willkommens-PR: »Niemand hat die Absicht,  
eine Mauer zu errichten« 45
- Der Weg zur »Wende«: Fake-Medienkritik 52
- »Druck im Kessel«: Wann schließen Sie die Grenzen? 70
- Die große Erleichterung:  
Die Gatekeeper verriegeln die Tore 76
- Die Parteilinie: Keine »besseren Vorschläge« 81

**2**  
**KÖLNER SILVESTERNACHT:  
EIN HISTORISCHES »SODOM UND GOMORRHA«**

93

Wichtiger als Merkel, USA, Klima und Co. 95

»Wertvolle« vs. »wertlose« Täter 99

»Wahrheit nur unterm Ladentisch«? 105

Ohne Nachrichtenwert:  
Dunkelfeld und Anzeigenbereitschaft 114

Journalistisches »Racial Profiling« im Dienste  
der »Flüchtlingskrise« 128

Begründeter Sachbezug und »weiße Presse« 132

Täter »in einen Sack« stecken 144

Eine Nacht der Schande,  
die wir nie vergessen werden 148

Cross-Check I:  
Missbrauchsfälle in der Kirche 153

Cross-Check II:  
»Mediale Geilheit«, Harvey Weinstein und #MeToo 171

**3**  
**DER KRIMINELLE FLÜCHTLING:  
»GEWALT-IMPORT« UND TERRORHYSTERIE**

179

»Sagen Sie mir nicht,  
dass wir da kein Problem haben« 179

»Importierte Gewalt«? 184

Terrorhysterie 202

Die »Geißel des Terrorismus« 211

**4**  
**EROSION DES FLÜCHTLINGSSCHUTZES:  
DIE ENTSCHEIDENDE »ARMLÄNGE«**

215

Lizenz zum Wegsehen:

Die Umpolung der Schutzverantwortung 215

Verkehrtes Recht: Irreguläre, Geschleuste und  
andere Schutzunwürdige 221

Drei Schiffbrüche:

Die Gatekeeper entsorgen den »Kollateralschaden« 234

**5**  
**ABSCHOTTEN FÜR FORTGESCHRITTENE:  
DER NEUE HUMANISMUS**

243

Humanitäres Marketing:

Die »Mutter der Flüchtlinge« in Geberlaune 243

»Höllensexperimente«:

Wie Flüchtlinge in Lager gepackt werden 247

Das »Recht dazubleiben« und das System  
globaler Apartheid 258

»Die Logik, die uns ausmacht« 267

**6**  
**DAS TINA-PRINZIP DER ABSCHOTTUNGSPOLITIK**

281

Endstation »Alternativlosigkeit«: Das TINA-Prinzip 281

Der »Exodus«: Der Angstapparat wird prophetisch 285

Die 400-Milliarden-Euro-Frage 297

Auf der Kippe: Die verknappte Akzeptanz 311

7  
**UNTER VERSCHLUSS:  
DIE POLITISCHEN ALTERNATIVEN ZUR ABSCHOTTUNG**

335

»Vorzeige-Europäer und Ideengeber«:

Der Weg zur alternativlosen Abwehr 338

Die richtige Flüchtlingspolitik wird entsorgt 347

Die zum Schweigen gebrachte Reform 357

Die moralische Supermacht 367

Die »isolierte Macht im Zentrum«  
auf der Suche nach der verlorenen Solidarität 373

Die moralische Krise 384

**Epilog**  
**DIE RECHTE GEWINNT,  
WENN DER GESELLSCHAFT DIE LUFT AUSGEHT**

387

**Anmerkungen**

397

In online verfügbaren Annexen liefert David Goeßmann weitere Daten und Statistiken zur Berichterstattung der *ARD-Tagesschau*, zur Zahl der Zuwanderer zwischen 2014 und 2016 sowie zur Kriminalität im Rahmen der »Flüchtlingskrise«. Sie sind hier einsehbar:

<https://www.eulenspiegel.com/verlage/das-neue-berlin/titel/die-erfindung-der-bedrohten-republik.html>



*»Public opinion also needs to be correctly formed,  
not least to prevent unwarranted fears  
and speculations detrimental to migrants.«*

Papst Franziskus

*»They who have put out the people's eyes  
reproach them of their blindness.«*

John Milton

Vorwort  
von Konstantin Wecker

# DENKT MIT DEM HERZEN

Und wenn sie euch sagen  
das Boot ist voll  
wir können keine Flüchtlinge mehr  
ins Land lassen  
dann antwortet ihnen:  
denkt mit dem Herzen.

Über zwölf Millionen deutsche  
Flüchtlinge und Vertriebene  
sowie fast zwölf Millionen ehemalige  
Zwangsarbeiter  
und ausländische KZ-Insassen  
mussten nach dem Ende des Krieges  
eine neue Heimat finden

Die Integration der Vertriebenen in das  
massiv zerstörte  
und verkleinerte Nachkriegsdeutschland  
schien zunächst kaum lösbar.

Und wenn sie euch sagen  
viele von denen haben doch sogar  
eigenes Geld

dann:  
denkt mit dem Herzen.  
Denn wenn ihr fliehen müsstet und alles  
verlassen

was euch lieb ist und teuer  
dann würdet ihr doch auch versuchen

alles was ihr besitzt und je besessen habt  
zu verkaufen  
um Geld mitzunehmen  
auf diese ungewisse  
schier ausweglose Reise.  
Und wenn sie euch sagen  
da kommen ja fast nur junge Männer an  
und kaum Frauen mit Kindern  
dann:  
denkt mit dem Herzen.  
Würdet ihr nicht auch versuchen  
im äußersten Elend  
die kräftigsten eurer Familie auf die  
Reise zu schicken  
damit sie euch vielleicht sogar eines  
Tages nachholen können?  
Und wenn sie euch sagen  
die prügeln sich doch in ihren  
Unterkünften:  
denkt mit dem Herzen.  
Wie lange würdet ihr es wohl aushalten  
eingepfercht zu sein  
oft ohne Strom und Wasser  
und bei schlechter Ernährung  
ohne nicht einmal aggressiv zu werden  
ohne durchzudrehen?  
Und wenn sie euch sagen  
was haben wir mit denen zu tun  
die glauben doch an einen anderen Gott  
die sind von einer fremden Kultur  
dann:  
benützt euren Verstand:  
Kulturelle Reinheit ist eine Illusion.  
Und die führte bei uns zu der  
schrecklichsten Diktatur  
der Menschheitsgeschichte.

Menschen sind wichtiger als Kulturen  
sagt das all jenen  
die sich so gerne mit Fakten schützen  
deren Herkunft viel unsicherer ist  
als das eigene Mitgefühl  
sagt es ihnen  
nicht hasserfüllt  
doch bestimmt.  
Erinnert sie an ihre eigenen Kinder  
versucht ihnen zu vermitteln  
wie es sich anfühlen würde  
wäre man selbst an der Stelle dieser  
Ärmsten.  
Wer anderen die Herberge verwehrt  
verdient es  
sein Heim zu verlieren.  
Denken wir mit dem Herzen.  
Besiegen wir den Hass  
durch Zärtlichkeit.

Das Wunder von 2015 war und bleibt für mich die Willkommenskultur: Millionen Menschen öffneten ihr Herz und halfen den Notleidenden, den Geflüchteten. Zwar habe ich trotz manchmal beschworen, ich würde auch weiterkämpfen, wenn ich mit meiner Meinung ganz allein stünde. Aber es ist doch weitaus schöner, sich getragen zu fühlen von vielen ähnlich Gesinnten. Und die finden sich nicht nur im linken Spektrum. Unter den Helferinnen und Helfern sind Bürgerliche wie Arbeiter, Christen wie Atheisten, Prekäre wie Situiertere, Hausmänner wie Straßenkehrerinnen ... Ich bin nicht allein, das ist mein Trost.

So wichtig eine realistische Lebenseinstellung sein mag, sie darf nicht zum Käfig werden, in den wir unsere unmittelbaren Impulse, Menschen zu verstehen, zu schützen und zu helfen, einsperren lassen. Liebevolles Sprechen und Handeln

muss sich ungestört von der Vorzensur vernünftiger Machbarkeitserwägungen entfalten können.

Nehmen wir an, jemand bricht direkt vor Ihnen auf der Straße zusammen – fragen Sie dann erst, ob dieser Mensch Ausländer ist oder Deutscher, Linker oder Rechter, Armer oder Reicher? Sie helfen. Oder Sie sind ein durch Ideologien verblendeter, in abstrakten Denkgebäuden gefangener Mensch. Vielleicht ist dies ja die einfachste Definition von Rassismus: kein Gefühl zu empfinden für Menschen, die einem irgendein völlig vom Menschsein losgelöstes Gedankenkonstrukt als minderwertig vorgaukelt.

Täglich vernehmen wir die Stimmen der »Vernünftigen«: die Obergrenze sei erreicht, die Zuwanderung müsse gestoppt werden, die Willkommenskultur sei höchst umstritten und Mitgefühl sei Schwäche. Millionen Menschen wird ein lebenswertes Leben vorenthalten von einer kleinen Minderheit von Superreichen – und die Stimme der »Vernünftigen« erklärt das zum Naturgesetz. Wenn das Vernunft sein soll, wird es zunehmend wichtig, die Stimme der »Unvernunft« zu Wort kommen zu lassen, die Stimme des Herzens, damit diese nicht für immer verloren geht.

Doch wer ist hier eigentlich »unvernünftig« und wer »realistisch«? David Goetzmann zeigt in seinem Buch »Die Erfindung der bedrohten Republik«, dass die Stimmen der »Vernünftigen« alles andere als vernünftig gewesen sind. Politik und Medien desinformierten die Bürger, verängstigten sie, während sie die Verantwortung für die globale Flüchtlingskrise, die Folgen der »Flüchtlingsbekämpfung« und die von Bürgern unterstützte solidarische Lösung unter den Teppich kehrten. Das Buch blickt dabei hinter die Kulissen, hilft »die Krise« besser zu verstehen und mit dem Herzen zu denken. Aber vor allem zeigt es uns, dass gehandelt werden muss. Denn das Elend der Flüchtlinge und die Krise der Demokratie schreiten weiter voran, gerade weil die Verantwortlichen sicherstellten – mit Mauern, Deals und Meinungsmache –, dass sich das Wunder von 2015 nicht mehr wiederholt.

Prolog

## WIR GEGEN DIE IN DER BLOCKIERTEN DEMOKRATIE

Zur intellektuellen Selbstverteidigung gegen inszenierte Bedrohungen

In seiner sogenannten Agenda-Rede 2003 entwarf Bundeskanzler Gerhard Schröder eine düstere Gegenwart und Zukunft. Nur eine »Reform« könne die Krise noch eindämmen. Wirtschaft, Politik und Medien hatten über Jahre gewarnt, dass das »Schlusslicht Deutschland« den Anschluss an die Weltwirtschaft gänzlich verlieren könne und Massenarbeitslosigkeit drohe. Vor dem Hintergrund der propagierten Gefahren wurde die Agenda 2010 entworfen, die Rente teilprivatisiert, die Banken faktisch zu Casinos umgebaut, der Sozialstaat ausgehöhlt und den »notleidenden« Unternehmen und dem Kapital die Steuerlast von den Schultern genommen, so dass immer mehr Reichtum von unten nach oben transferiert werden konnte.<sup>1</sup>

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA wurde ein »Sturm von Flugzeugen« prophezeit. Es war der Startschuss für den sogenannten »War on Terror«, massive Beschneidungen von Bürgerrechten sowie für den Ausbau des Überwachungsstaats. US-Präsident George W. Bush verkündete 2003 der amerikanischen Nation: »My fellow citizens, at this hour American and coalition forces are in the early stages of military operations to disarm Iraq, to free its people and to defend the world from great danger.«<sup>2</sup> Der damalige Bundesverteidigungsminister Peter Struck mahnte im Bundestag, dass »unsere Sicherheit (...) nicht nur, aber



auch am Hindukusch verteidigt« werde, »wenn sich dort Bedrohungen für unser Land wie im Fall international organisierter Terroristen formieren«. In Afghanistan sind heute, siebzehn Jahre nach Beginn des Krieges, immer noch deutsche Truppen stationiert.<sup>3</sup>

Bedrohungen werden immer wieder inszeniert und genutzt, um in Staaten unpopuläre Politiken durchzusetzen. Gegen den neoliberalen Umbau und die Kriege gab es von Anfang an massiven Widerstand aus den jeweiligen Bevölkerungen. Nicht ohne Grund. Die neoliberalen Politiken führten zu einem Angriff auf den Wohlfahrtsstaat, bremsten das Wirtschaftswachstum, reduzierten das Arbeitsvolumen und vergrößerten die Gefahren der Finanzindustrie, während die von Spekulation angetriebenen Großbanken später, als die Blase platzte, als »too big to fail« vom »Nanny-State«, also den Steuerzahlern, gerettet werden mussten. Nach dem Motto: Profite werden privatisiert, Verluste sozialisiert. Ebenso absehbar waren die Effekte der Kriege. Sie töteten Hunderttausende Menschen, vervielfachten und verbreiteten Terror, zerstörten und destabilisierten ganze Regionen, die nun durch hartnäckige »after wars«, also Bürgerkriege, in Gewalt zu versinken drohen.<sup>4</sup>

Auch die weiter zurückliegende Geschichte liefert reichlich Material dafür, wie Bedrohungen erfunden worden sind, um gesellschaftliche Widerstände gegen Politiken niederzuringen. So bauschte das Nazi-Regime mit Hilfe der Presse einzelne Übergriffe auf Volksdeutsche in Danzig zu systematischen Gräueltaten auf, inszenierte einen Überfall auf den deutschen Rundfunksender Gleiwitz und verdrehte polnische Verteidigungsstellungen gegen einen deutschen Angriff als Bedrohung Deutschlands durch polnische Truppen. Hitler verkündete während des Überfalls auf Polen: »Seit 5 Uhr 45 wird jetzt zurückgeschossen«. Deutschland »verteidigte« sich gegen sein östliches Nachbarland. Die Medien halfen dabei mit, die kriegsunwilligen Deutschen kriegsbereit zu machen, aber auch die Regierungen in Paris und London davon zu überzeugen, Hitler gewähren zu lassen.<sup>5</sup>

»2015 darf sich nicht wiederholen.« So lautet seit dem »Flüchtlingsschicksalsjahr« die eindringliche Warnung. Bundesregierung, Parlament und Massenmedien erklärten ein ganzes Kalenderjahr wegen Schutzsuchenden zum Gefahrengut. Die Abwehrmaßnahmen der Politik wurden zu einem Verteidigungsakt erhoben. Deutschland sei in einen Notstand geraten, hieß es, in die Ecke gedrängt worden, aus der es sich nur mit »harten Entscheidungen« befreien könne. »Nie wieder 2015!« lautete die Angstbotschaft, die alle Bereiche der Gesellschaft erfasste. Es klang wie »Nie wieder Auschwitz«.<sup>6</sup>

Wissenschaftler sind ebenfalls besorgt über die gegenwärtigen Entwicklungen. Ein Fachgremium aus führenden Experten, 1945 von Albert Einstein erstmals ins Leben gerufen, rückte die sogenannte Domsday Clock (die Weltuntergangsuhr) während der »Flüchtlingskrise« auf zwei Minuten vor Mitternacht vor. So nah am Endpunkt der Welt stand die Uhr nur einmal, 1953, als der Korea-Krieg wütete und die USA und die Sowjetunion sich einen Wettlauf um die Wasserstoffbombe lieferten. Flüchtlinge spielten bei der Gefährdungsanalyse allerdings keine Rolle. Bedroht sei die Menschheit vielmehr durch den voranschreitenden Klimawandel und die wachsende Gefahr eines Atomkriegs. So heißt es unter anderem im »Bulletin of the Atomic Scientists« von 2016:

*»The world continues to warm. Keeping future temperatures at less-than-catastrophic levels requires reductions in greenhouse gas emissions far beyond those agreed to in Paris – yet little appetite for additional cuts was in evidence at the November climate conference in Marrakech. (...) Progress in reducing the overall threat of nuclear war has stalled – and in many ways, gone into reverse. This state of affairs poses a clear and urgent threat to civilization, and citizens around the world should demand that their leaders quickly address and lessen the danger.«<sup>7</sup>*

1,8 Millionen Mal wurde in der deutschen Presse in den letzten drei Jahren auf Flüchtlinge und Asyl hingewiesen. In

den Talkshows der öffentlich-rechtlichen Sender dominieren Themen wie Islam, »Flüchtlingskrise« oder Terrorismus. Obwohl im Bundestagswahlkampf 2017 die Kandidaten für das Kanzleramt Angela Merkel (CDU) und Martin Schulz (SPD) keine asylbezogenen Kampagnen führten, dominierte das Thema in den Medien. So befragten die Journalisten die beiden Kandidaten während des 95-minütigen TV-Duells rund die Hälfte der Zeit zur Flüchtlings- und Asylpolitik. In den Sommerinterviews von *ARD* und *ZDF* 2018 nahmen Fragen zu Flucht, Asyl und Migration mehr als ein Drittel der Redezeit ein, während Klimawandel und Klimaschutz nicht ein einziges Mal angesprochen wurden (wie auch viele andere wichtige Themen wie Armut kaum Aufmerksamkeit erhielten) – wie bei den Kanzlerkandidaten-Befragung ein Jahr zuvor. Die globale Erwärmung spielte im Wahlkampf und der Berichterstattung darüber insgesamt keine Rolle.<sup>8</sup>

In der Presse tauchten Klimawandel und Klimaschutz seit Ausbruch der »Flüchtlingskrise« nur 230 000 Mal auf, also mehr als siebenmal weniger als die »Flüchtlingskrise« im gleichen Zeitraum.<sup>9</sup> In den nationalen Politiktalksendungen war die globale Erderwärmung einzig im Zuge des deutschen Hitzesommers 2018 und den massiven Protesten gegen die Abholzung des Hambacher Forsts für den weiteren Kohleabbau kurzzeitig Thema. In den Jahren zuvor jedoch niemals, obwohl im Dezember 2015 in Paris ein entscheidender Klimagipfel stattfand, die Wissenschaftler immer eindringlicher vor dem drohenden Klimachaos warnen und die Treibhausgase seit zehn Jahren in Deutschland sogar leicht steigen, anstatt in dieser Zeit massiv gesunken zu sein.<sup>10</sup>

Die Gefahren eines möglichen Atomkriegs waren ebenso wenig in den einflussreichen Rundfunksendungen oder Leitartikeln vertreten.<sup>11</sup> Und wenn einmal darüber berichtet wurde, dann über die »Schurkenstaaten« Iran, Nordkorea und Russland, während die Medien das aggressive Verhalten und die atomare Eskalation der USA und der anderen NATO-Staaten als Schutzmaßnahme rahmten.<sup>12</sup> Auch das Versagen der deutschen und europäischen Klimaschutzpolitik wurde

mehr oder weniger ausgeblendet statt es zu skandalisieren. So mahnen Klimawissenschaftler, dass die Treibhausgase in Deutschland, wie in anderen Industriestaaten auch, bis 2035 auf null reduziert werden müssten, um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur noch auf 2 Grad Celsius begrenzen zu können und die globale Bedrohung damit einigermaßen zu bannen – eine Emissionsreduktion doppelt so schnell wie geplant. Doch diese wichtige Information wird dem deutschen Publikum bis heute weiter vorenthalten. Jetzt verbleiben nur noch gut 15 Jahre für den Komplettumbau.<sup>13</sup> Die Bundesregierung könnte auch der Ansicht der Bevölkerung folgen und die nukleare Teilhabe mit den USA (in Form von im Bundeswehr-Stützpunkt Büchel stationierten Atomsprengköpfen) sowie die Eskalation mit Russland beenden. Doch die Medien schüren weiter Ängste vor Russland und warnen vor einer Energie- und Stromkrise, wenn schneller auf alternative Energien umgestellt werde. Die Kluft zwischen Wissenschaft und politischer Öffentlichkeit<sup>14</sup> könnte kaum größer sein.<sup>15</sup>

Auch eine andere Nachricht zur Einschätzung der weltweiten Bedrohungslage wird den Deutschen (und nicht nur ihnen) weiter vorenthalten. Denn nimmt man die Einstellung der Weltbevölkerungen, dann werden die USA als größte Gefahr für den Weltfrieden angesehen – mit 24 Prozent der Stimmen weit vor Pakistan mit acht Prozent, gefolgt von China (sechs Prozent) und Afghanistan (fünf Prozent). Die offiziellen »Schurkenstaaten« Russland, Nordkorea oder Iran sucht man vergeblich in der Top-Gefährderliste. Die Befragung wurde im Jahr 2013 durchgeführt, also vor der Präsidentschaft Donald Trumps. Damals leitete der Nobelpreisträger und erste schwarze Präsident der Vereinigten Staaten Barack Obama noch die Geschäfte in Washington D.C. Er eskalierte den Krieg in Afghanistan, weitete das Drohnterrorprogramm massiv aus und brachte mehr Whistleblower und Journalisten ins Gefängnis als alle US-Präsidenten vor ihm zusammengenommen.<sup>16</sup> Doch die Bundesregierung und die deutschen Medien haben eine andere

Sicht als die Weltbevölkerung. Sie unterstützen unbeirrt die »Ordnungsmacht« USA bei Kriegen, Terrorprogrammen und gefährlichen Konfrontationen mit der Atommacht Russland, so dass die Gefahren nicht nur nicht eingedämmt, sondern immer weiter gesteigert wurden.<sup>17</sup>

Sehen wir uns demgegenüber die Bedrohung durch Flüchtlinge an, die Deutschland und die EU ab 2015 in eine derart tiefe Krise gestürzt haben, dass sich diese Situation nie wieder ereignen darf. In Deutschland, dem ökonomischen Powerhouse der Union, sind heute 970 000 anerkannte Flüchtlinge registriert (Ende 2017), das ist gut ein Prozent der Bevölkerung. Ohne den Zuzug wäre Deutschland wohl geschrumpft. Auf dem reichsten Kontinent der Welt sind insgesamt 2,3 Millionen Flüchtlinge zu versorgen, also rund 0,5 Prozent. Die deutsche Ökonomie ist in der »Krise« stärker als zuvor gewachsen, auch wegen der Flüchtlinge und ihres überdurchschnittlichen Binnenkonsums. Der Staatshaushalt strotzt vor Überschüssen. Die Beschäftigung hat zugenommen, die Arbeitslosigkeit sank. Auch die Kriminalität hat in der »Krise« abgenommen, absolut wie relativ. Deutschland geht es nach 2015 und 2016 keineswegs schlechter, sondern in vielen Bereichen besser als zuvor.<sup>18</sup>

Überwältigende Mehrheiten der EU-Bürger stehen in Umfragen unbeirrt von »Krise«, »Kontrollverlust« und dem »Jahrhundertproblem« zur moralischen Pflicht, vor Krieg und Verfolgung fliehende Menschen in ihren Ländern aufzunehmen. Die Europäer sind ebenfalls in großen Mehrheiten für eine faire Verantwortungsteilung, auch wenn ihre Länder dadurch verpflichtet würden, mehr Schutzsuchende zu versorgen. Die meisten mahnen an, dass ihre Länder mehr für die Schutzsuchenden tun sollten. Die Deutschen stellten in mehreren Umfragen immer wieder klar, dass sie gegen den unter deutscher Geschäftsführung ausgehandelten EU-Türkei-Deal sind, auch wenn dadurch mehr Flüchtlinge nach Deutschland kommen würden. Die Erhebungen zeigen, dass die Europäer und Deutschen sich keineswegs von Flüchtlingen bedroht fühlen, sondern im Gegenteil die

moralische Pflicht empfinden, weiter zu helfen. So sehen nur 23 Prozent der Bürger Deutschlands ihre Heimat in den Jahren der »Flüchtlingskrise« gefährdet – und das vor allem durch die Schließung von Geschäften vor Ort.<sup>19</sup>

Andererseits wurde auch eine Reihe von Ängsten und Sorgen in Hinsicht auf Flüchtlinge während der »Krise« an die Oberfläche gespült. Die Bürger zeigten sich besorgt über mehr Kriminalität, mehr Druck auf die Arbeitsmärkte oder eine drohende Zerrüttung des sozialen Friedens durch den Zuzug von Flüchtlingen. Viele Europäer betrachteten sogar Einwanderung und Terrorismus laut Eurobarometer vom Herbst 2015 als größere Probleme auf europäischer und nationaler Ebene als fehlende Arbeit und soziale Absicherung in ihren Ländern, ohne allerdings persönlich davon betroffen zu sein.<sup>20</sup> Rechtsradikale Bewegungen und Parteien erhielten zudem starke Zuwächse, während fremdenfeindliche Gewalt dramatisch anstieg. Die Frage ist also: Wie kann es sein, dass Deutsche und Europäer einerseits in der »Krise« besorgt waren über die negativen Auswirkungen von Flüchtlingsaufnahme und gleichzeitig deutlich ihre Bereitschaft signalisieren, zu helfen und mehr Flüchtlinge in ihren Ländern aufzunehmen? Wie sind diese Ungereimtheiten in der öffentlichen Meinung zu erklären?

Die Widersprüche lösen sich auf, wenn man die massenmediale Berichterstattung berücksichtigt. So wurde die Schutzsuche von Flüchtlingen in Deutschland in den letzten drei Jahren zum »Jahrhundertproblem« transformiert und das Bild einer von Flüchtlingen »bedrohten Republik« erschaffen. Das ist die These des Buches, die in den folgenden Kapiteln entfaltet und analysiert werden soll. Die schiere Masse an Krisenberichterstattung und Angstnachrichten war erdrückend und musste verunsichern. So konnte der Hilsimpuls der Bürger neutralisiert und entpolitisiert werden, während die Abwehrmaßnahmen ohne Diskussion im politischen Schnellverfahren umgesetzt wurden, wobei die einzige Sorge der Journalisten war, ob die Maßnahmen auch wirklich die Bedrohung bannen würden.<sup>21</sup>

Seitdem schaffen es nur noch wenige Schutzsuchende durch die verschärften Barrieren, die die Europäische Union immer hermetischer vor den Verpflichtungen der Genfer Flüchtlingskonvention abschirmen. Das Elend findet wie gewohnt draußen vor der Tür statt. Die intellektuelle und politische Klasse zeigt sich erleichtert. Der Europäische Rat stellte nach dem EU-Gipfeltreffen Mitte 2018 fest:

*»Since 2015 a number of measures have been put in place to achieve the effective control of the EU's external borders. As a result, the number of detected illegal border crossings into the EU has been brought down by 95 % from its peak in October 2015. (...) The European Council is determined to continue and reinforce this policy to prevent a return to the uncontrolled flows of 2015 and to further stem illegal migration on all existing and emerging routes.«<sup>22</sup>*

Der Notstands- und Bedrohungsdiskurs fabrizierte dabei eine neurotisierte Gesellschaft. Denn die politische Mainstream-Kommunikation sendete immer wieder »Double-Bind«-Botschaften aus. Double-Bind-Botschaften bestehen aus zwei sich widersprechenden Aussagen, die beide Gültigkeit beanspruchen. Dadurch entsteht eine Art mentaler Zwickmühle. Es heißt: Wir werden Flüchtlinge weiter schützen und ihnen »ein freundliches Gesicht« zeigen, aber wir müssen sie daran hindern, zu uns zu kommen. Die Willkommensbereitschaft der Deutschen ist faszinierend, aber politisch setzen wir das Parteiprogramm der AfD um.<sup>23</sup> Wir bekennen uns zur Genfer Flüchtlingskonvention, aber wir werden mit allen Mitteln versuchen, das internationale Recht auszuhelben. So konnte die moralische Verpflichtung gegenüber Schutzsuchenden einerseits behauptet, im gleichen Atemzug realpolitisch zersetzt werden. »Begrenzte Barmherzigkeit«, so brachten es deutsche Bischöfe und der damalige Bundespräsident Joachim Gauck auf den Punkt. Das Resultat der permanenten »Double-Bind«-Kommunikation ist mentale Verwirrung, die sich in Umfragen wiederfindet.

Selbst der Begriff »Flüchtlingskrise« ist ein humanitäres Codewort. Der Begriff suggeriert, dass Medien und Politik

die Krise der Flüchtlinge in den Fokus nehmen würden und um Lösungen bemüht seien. Doch die eigentliche Bedeutung ist eine andere. So tauchte die »Krise« im öffentlichen Diskurs erst auf, als die Abschottung Deutschlands kollabierte, inklusive des Dublin-Systems. Bis Mitte 2015 wurde der Begriff »Flüchtlingskrise« praktisch nicht verwendet. Selbst als 2014 über vierzehn Millionen Flüchtlinge neu vertrieben wurden, gab es in der deutschen Öffentlichkeit keinen Grund, von einer »Flüchtlingskrise« zu sprechen. »Flüchtlingskrise« bedeutet tatsächlich (gemessen an seiner realen Verwendung im öffentlichen Diskurs): *Krise Deutschlands mit Flüchtlingen aufgrund der kollabierten Abwehr* beziehungsweise schlicht *Abschottungskrise*. Man stelle sich vor, die Medien hätten statt von »Flüchtlingskrise« von »Abschottungskrise« gesprochen: Die humanitäre Rhetorik wäre in sich zusammengebrochen.

### Die blockierte Demokratie: Wir gegen Die

Die Erfindung der »bedrohten Republik« und die Propagierung der Alternativlosigkeit von Abwehr im Zuge der erhöhten Flüchtlingsaufnahme rührt an ein grundsätzliches Problem: Die zunehmende Aushöhlung der Demokratie. Denn erneut wurden demokratische Prozesse in der politischen Öffentlichkeit blockiert und ausgehebelt. So wurde mit Angstbotschaften die brutalisierte Abwehr von Flüchtlingen gerechtfertigt. Die Regierung konnte sich dabei auf jede Menge »Argumente«, manipulative Umdeutungen und ideologische Rahmungen der Journalisten verlassen. Es waren Beruhigungspillen fürs Volk, die von den Medien wie am Fließband geliefert wurden. Denn die Folgen der »unschönen« Abschottung, waren, wie der ehemalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière es ausdrückte, »unschöne Bilder«, die von uns ausgehalten werden müssten.<sup>24</sup>

In der »Krise« von 2015 bis 2017 sind über 12000 Flüchtlinge im Mittelmeer ertrunken,<sup>25</sup> wahrscheinlich genauso